

Preussische Gesetzsammlung

1930

Ausgegeben zu Berlin, den 3. September 1930

Nr. 30

Tag	Inhalt.	Seite
16. 8. 30.	Bekanntmachung, betreffend das Verbot des Ausschanks von Branntwein und des Verkaufs von Trinkbranntwein am Sonntag, den 14. September 1930	263
	Bekanntmachung der nach dem Gesetze vom 10. April 1872 durch die Regierungsamtsblätter veröffentlichten Erlasse, Urkunden usw.	263

(Nr. 13532.) Bekanntmachung, betreffend das Verbot des Ausschanks von Branntwein und des Verkaufs von Trinkbranntwein am Sonntag, den 14. September 1930. Vom 16. August 1930.

Auf Grund des § 15 des Gaststättengesetzes vom 28. April 1930 (Reichsgesetzbl. I S. 146) wird für den Bereich des Landes Preußen anlässlich der Wahlen zum Reichstage der Ausschank von Branntwein und der Kleinhandel mit Trinkbranntwein für Sonntag, den 14. September 1930 verboten. Das Verbot des Kleinhandels mit Trinkbranntwein trifft auch den Fall, daß dieser in verschlossenen oder versiegelten Flaschen abgegeben wird.

Zu widerhandlungen gegen dieses Verbot werden gemäß § 29 Ziffer 8 des Gaststättengesetzes mit Haft und mit Geldstrafe bis zu 150 *RM* oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Berlin, den 16. August 1930.

Der Preussische Minister des Innern.

In Vertretung:

A b e g g.

Bekanntmachung.

Nach Vorschrift des Gesetzes vom 10. April 1872 (Gesetzsamml. S. 357) sind bekanntgemacht:

1. der Erlaß des Preussischen Staatsministeriums vom 10. Juli 1930
über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Elektrowerke, Aktiengesellschaft in Berlin, für den Bau einer 100 000 Volt-Doppelleitung vom Kraftwerk in Bichornewitz nach Osmünde durch das Amtsblatt der Regierung in Merseburg Nr. 34 S. 168, ausgegeben am 23. August 1930;
2. der Erlaß des Preussischen Staatsministeriums vom 10. Juli 1930
über die Verleihung des Enteignungsrechts an das Kraftwerk Flensburg, G. m. b. H. in Flensburg, für den Bau einer 60 000 Volt-Leitung vom Kraftwerke Flensburg bis zur dänischen Grenze
durch das Amtsblatt der Regierung in Schleswig Nr. 30 S. 297, ausgegeben am 26. Juli 1930;
3. der Erlaß des Preussischen Staatsministeriums vom 10. Juli 1930
über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Stadtgemeinde Pasewalk für die Anlage eines weiteren Brunnens für ihr Wasserwerk
durch das Amtsblatt der Regierung in Stettin Nr. 33 S. 175, ausgegeben am 16. August 1930;

4. der Erlass des Preussischen Staatsministeriums vom 22. Juli 1930

über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Ruhrgas-Aktiengesellschaft in Essen für den Bau einer Gasfernleitung von der Zeche Graf Bismarck nach der Zeche de Wendel sowie für die Verlegung einer Anschlußleitung von der Zeche Lothringen nach dieser Hauptleitung unter gleichzeitigem Anschlusse der Zeche Erin in Castrop-Rauxel

durch das Amtsblatt der Regierung in Arnberg Nr. 33 S. 165, ausgegeben am 16. August 1930;

5. der Erlass des Preussischen Staatsministeriums vom 24. Juli 1930

über die Verleihung des Enteignungsrechts an den Kreis Sylt für die Verbreiterung der Kreislandsstraße Harpstedt-Bremen

durch das Amtsblatt der Regierung in Hannover Nr. 31 S. 151, ausgegeben am 2. August 1930;

6. der Erlass des Preussischen Staatsministeriums vom 26. Juli 1930

über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Stadtgemeinde Neumünster für den Bau einer 15 000 Volt-Hochspannungsleitung von der Transformatorenstation der Lungenklinik in Bargfeld in der Gemeinde Ebnedorf und der Gemeinde Bargfeld

durch das Amtsblatt der Regierung in Schleswig Nr. 32 S. 309, ausgegeben am 9. August 1930;

7. der Erlass des Preussischen Staatsministeriums vom 31. Juli 1930

über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Stadtgemeinde Brieg für die Schaffung eines Exerzierplatzes für den 1930 einzurichtenden neuen Truppenstandort Brieg

durch das Amtsblatt der Regierung in Breslau Nr. 33 S. 307, ausgegeben am 16. August 1930.

Herausgegeben vom Preussischen Staatsministerium. — Gedruckt von der Preussischen Druckerei und Verlags-Aktiengesellschaft, Berlin.

Verlag: R. von Decker's Verlag, G. Schenck, Berlin W 9, Lintstraße 35. (Postcheckkonto Berlin 9059.)

Den laufenden Bezug der Preussischen Gesetzsammlung vermitteln nur die Postanstalten (Bezugspreis 1,05 RM. vierteljährlich); einzelne Nummern und Jahrgänge (auch ältere) können unmittelbar vom Verlage und durch den Buchhandel bezogen werden. Preis für den achteiligen Bogen 20 Rpf., bei größeren Bestellungen 10—40 v. H. Preisermäßigung.